

Am 24. November 2013 wird das Schweizer Volk über die SVP-Familieninitiative abstimmen. Die FDK schreibt, dass diese bei den Kantonen und Gemeinden zu Steuerausfällen von jährlich rund 1 Mia. Franken führen wird unter der Annahme, dass ein Pauschalabzug in der Höhe des heutigen Fremdbetreuungsabzugs eingeführt wird. Zudem wurden in den vergangenen Wochen in den Basler Medien verschiedene Berechnungen und Szenarien zu den finanziellen Auswirkungen beschrieben. Dazu stelle ich dem Regierungsrat folgende Fragen:

1. Wie hoch wären die direkten Ausfälle des Kantons Basel-Stadt und jene bei den Gemeinden Riehen und Bettingen, wenn in Basel-Stadt ein Pauschalabzug in der Höhe des heutigen Fremdbetreuungsabzugs eingeführt würde?
2. Wie hoch wären die indirekten Ausfälle durch einen geringeren Anteil an den direkten Bundessteuem?
3. Ist der Regierungsrat der Meinung, dass diese Steuerausfälle für die Kantonsfinanzen tragbar sind?
4. Wie stark müsste der Fremdbetreuungsabzug reduziert werden und was sind die steuerlichen Folgen für die betroffenen Familien, wenn die Initiative haushaltsneutral umgesetzt werden würde?
5. Der Baselbieter Volkswirtschaftsdirektor hat in der BaZ die Ansicht vertreten, dass die Initiative volkswirtschaftlich sinnvoll wäre, weil es die Kaufkraft der Haushalte erhöhen würde. Teilt der Regierungsrat diese Einschätzung?
6. Die Initiative senkt den Anreiz, dass Mütter am Erwerbsleben teilnehmen. Diverse Medien und Experten prognostizieren deshalb eine Zunahme der Zuwanderung. Teilt der Regierungsrat diese Einschätzung?
7. Weshalb hat der Kanton Basel-Stadt 1992 als erster Kanton einen Steuerabzug für die Fremdbetreuung eingeführt?

Salome Hofer